

Geschäftsordnung
der CDU-Fraktion
im Schleswig-Holsteinischen Landtag
für die 18. Wahlperiode

Beschlossen am 08. Mai 2012

Inhalt

- § 1 Mitglieder
- § 2 Gäste
- § 3 Konstituierende Sitzung
- § 4 Organe
- § 5 Fraktionsversammlung
- § 6 Aufgaben der Fraktionsversammlung
- § 7 Fraktionsvorstand und Geschäftsführender Fraktionsvorstand
- § 8 Fraktionsvorsitzender
- § 9 Parlamentarischer Geschäftsführer
- § 10 Arbeitskreise
- § 11 Teilnahme an Sitzungen
- § 12 Wahlen
- § 13 Abberufung
- § 14 Anfragen, Anträge, Vorlagen
- § 15 Haushaltsplan, Kassenprüfer
- § 16 Finanzordnung
- § 17 Fraktionsbeitrag
- § 18 Auslagenerstattung
- § 19 Änderung und Auslegung der Geschäftsordnung
- § 20 Abweichung von der Geschäftsordnung
- § 21 Inkrafttreten

Hinweis: Diese Geschäftsordnung gilt in ihrer sprachlichen Fassung für Frauen und Männer gleichermaßen.

§ 1 Mitglieder

1. Die Fraktion besteht aus den CDU-Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages.
2. Alle Mitglieder haben die gleichen Rechte und Pflichten.

§ 2 Gäste

1. Personen, die nicht der Fraktion angehören, können durch Fraktionsbeschluss zu den Sitzungen als ständige Gäste zugelassen werden.
2. Sonstige Gäste und Sachverständige können im Einzelfall auf Einladung des Fraktionsvorsitzenden teilnehmen.

§ 3 Konstituierende Sitzung

1. Die neu gewählten Mitglieder der Fraktion treten innerhalb von 30 Tagen nach der Landtagswahl zur Konstituierenden Sitzung zusammen. In diesem Zeitraum sind der Fraktionsvorsitzende und die weiteren Mitglieder des Vorstandes zu wählen und ist über die Geschäftsordnung zu beschließen.
2. Die konstituierende Sitzung wird von dem bisherigen Fraktionsvorsitzenden einberufen und geleitet, hilfsweise von einem seiner Stellvertreter oder vom ältesten Mitglied der Fraktion.
3. Bis zur Neuwahl des Fraktionsvorsitzenden führt der nach Absatz 2 Berufene die Fraktionsgeschäfte.

§ 4 Organe

Organe der Fraktion sind:

1. die Fraktionsversammlung
2. der Fraktionsvorstand
3. der Geschäftsführende Vorstand
4. der Fraktionsvorsitzende

§ 5 Fraktionsversammlung

1. Die Fraktionsversammlung wird durch den Vorsitzenden mit einer Tagesordnung einberufen und geleitet.
2. Auf Verlangen eines Drittels der Mitglieder oder auf Beschluss des Vorstandes hat der Vorsitzende die Fraktionsversammlung einzuberufen.
3. Die Fraktionsversammlung tritt in der Regel wöchentlich zusammen; auf jeden Fall jedoch möglichst vor jeder Plenarsitzung zur Beratung der Tagesordnung des Landtages. Sie kann darüber hinaus zur Beratung aller wichtigen politischen Fragen, die die Arbeit des Landtages oder Angelegenheiten des Landes betreffen, einberufen werden.
4. Die Tagesordnung kann zu Beginn der Sitzung auf Antrag mit Mehrheit geändert werden.
5. Die Fraktionsversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Fraktionsmitglieder anwesend ist. Sie gilt als beschlussfähig, solange die Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt ist.
6. Soweit diese Geschäftsordnung nicht anderes vorschreibt, werden die Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst. Bei Stimmengleichheit gelten die Anträge als abgelehnt. Eine Vertretung in der Stimmabgabe ist unzulässig.
7. Über jede Fraktionssitzung ist ein Beschlussprotokoll zu führen, das die Ergebnisse und Abstimmungsverhältnisse enthalten muss. Das Protokoll kann beim Parlamentarischen Geschäftsführer eingesehen werden.

§ 6 Aufgaben der Fraktionsversammlung

1. Die Fraktionsversammlung ist das oberste beschlussfassende Organ der Fraktion. Sie beschließt über die Politik der Fraktion und über die Angelegenheiten, für die nicht ein anderes Organ zuständig ist. Dazu gehören insbesondere:
 - 1.1 Die Beratung der Tagesordnungspunkte der Sitzungen des Plenums und der Ausschüsse des Landtages und die Festlegung der Stellungnahme der Fraktion.
 - 1.2 Der Beschluss über Zahl und Aufgabenbereiche der Arbeitskreise. Diskussion der aktuellen politischen Lage.
 - 1.3 Der Beschluss über die Entlastung des Vorstandes (s. § 15 Ziff. 4).
 - 1.4 Wahlen
2. Die Fraktionsversammlung wählt:
 - 2.1. den Vorsitzenden,
 - 2.2. höchstens drei gleichberechtigte stellvertretende Vorsitzende,
 - 2.3. den Parlamentarischen Geschäftsführer auf Vorschlag des Vorsitzenden der Fraktion,

- 2.4. den von der Fraktion zu benennenden Kandidaten für das Amt des Landtagspräsidenten bzw. 1. Vizepräsidenten,
 - 2.5. die Arbeitskreisvorsitzenden als weitere gleichberechtigte Mitglieder des Vorstandes,
 - 2.6. die von der Fraktion zu benennenden Kandidaten für das Amt eines Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden eines Ausschusses oder anderer Gremien innerhalb und außerhalb des Landtages,
 - 2.7. ggf. weitere Fachsprecher der Fraktion,
 - 2.8. zwei Kassenprüfer, die nicht dem Vorstand angehören dürfen.
3. Die Fraktionsversammlung benennt nach Vorbereitung durch den Vorstand die Mitglieder der Fraktion für die einzelnen Ausschüsse und andere Gremien des Landtages sowie die Mitglieder der Fraktion für Aufgaben außerhalb des Landtages, soweit sie vom Plenum des Landtages neu zu wählen sind.

§ 7

Fraktionsvorstand und Geschäftsführender Vorstand

- 1. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, höchstens drei gleichberechtigten stellvertretenden Vorsitzenden, dem Parlamentarischen Geschäftsführer, dem von der CDU-Fraktion gestellten Landtagspräsidenten bzw. 1. Vizepräsidenten sowie den Vorsitzenden der Arbeitskreise als weitere gleichberechtigte Mitglieder.
- 2. Den Geschäftsführenden Vorstand bilden der Vorsitzende, die höchstens drei gleichberechtigten stellvertretenden Vorsitzenden, der Parlamentarische Geschäftsführer und der von der CDU-Fraktion gestellte Landtagspräsident bzw. 1. Vizepräsident.
- 3. Geschäftsführender Vorstand und Vorstand bereiten insbesondere die Sitzung der Fraktionsversammlung vor. Sie beraten und beschließen wichtige Angelegenheiten abschließend, sofern nicht die Fraktionsversammlung zuständig ist. Auf Vorschlag des Vorsitzenden regeln sie ihre Geschäftsverteilung.

§ 8

Fraktionsvorsitzender

- 1. Der Fraktionsvorsitzende führt die Fraktion und vertritt sie nach innen und außen. Er beruft die Fraktions- und Vorstandssitzungen ein und legt ihre Tagesordnungen fest. Er leitet die Fraktion im Plenum des Landtages.
 - 1.1 Der Vorsitzende kann Mitglieder des Vorstandes mit seiner Vertretung in bestimmten Aufgabenbereichen beauftragen.
 - 1.2 Der Vorsitzende kann Mitglieder der Fraktion mit besonderen Aufgaben betrauen. Hierüber unterrichtet er den Vorstand.
 - 1.3 In wichtigen Angelegenheiten muss er die Entscheidung des Vorstandes einholen.
 - 1.4 Dem Vorsitzenden obliegt die Anstellung und Entlassung von Mitarbeitern der Fraktion. Im Rahmen der Vorbereitung dieser Entscheidungen wirken die Stellvertretenden Vorsitzenden und der Parlamentarische Geschäftsführer mit. Der Fraktionsvorsitzende ist Vorgesetzter aller Mitarbeiter der Fraktion.

§ 9**Parlamentarischer Geschäftsführer**

1. Der Parlamentarische Geschäftsführer führt die Geschäfte der laufenden Verwaltung im Rahmen der Beschlüsse der Fraktionsversammlung und des Fraktionsvorstandes nach Abstimmung mit dem Fraktionsvorsitzenden. Er leitet den inneren Dienstbetrieb und ist gegenüber allen Mitarbeitern der Fraktion weisungsbefugt.
2. Der Parlamentarische Geschäftsführer koordiniert in Abstimmung mit dem Fraktionsvorsitzenden und den Vorsitzenden der Fraktionsarbeitskreise die politische Arbeit der Fraktion.
3. Über Änderungen im laufenden Geschäftsbetrieb unterrichtet er die Fraktion zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt.

§ 10**Arbeitskreise**

1. Mitglieder der Arbeitskreise sind in der Regel die ordentlichen und stellvertretenden Mitglieder der Ausschüsse des Landtages, für deren Aufgabengebiet der Arbeitskreis zuständig ist. Die Aufgabenbereiche der Arbeitskreise sollen sich nach denen der Ausschüsse richten. Jedes Fraktionsmitglied kann darüber hinaus an jeder Arbeitskreissitzung mit beratender Stimme teilnehmen.
2. Die von der Fraktion gewählten Vorsitzenden der Arbeitskreise leiten diese. Sie sind die Sprecher der Fraktion für den gesamten Aufgabenbereich des Arbeitskreises und für die Arbeit der Fraktionsmitglieder in ihrem Ausschuss verantwortlich. Die Arbeitskreise können im Einvernehmen mit dem Geschäftsführenden Fraktionsvorstand darüber hinaus für Teilbereiche besondere Aufgabenzuweisungen an Fraktionsmitglieder vornehmen. Hierüber ist die Fraktionsversammlung vom Fraktionsvorsitzenden zu unterrichten.
3. Die Arbeitskreissitzungen werden von dem jeweiligen Vorsitzenden mit einer Tagesordnung einberufen.
4. Sofern die Fraktionsversammlung Mitglieder mit besonderen Sprecherfunktionen gewählt hat, können diese im Rahmen der Politik und der Beschlüsse der CDU-Landtagsfraktion sowie des betreffenden Arbeitskreises in Absprache mit dem jeweiligen Arbeitskreisvorsitzenden handeln.
5. Die Arbeitskreise beraten über eigene Initiativen, Fragen des entsprechenden Landtagsausschusses sowie Vorlagen, die ihnen vom Vorstand oder der Fraktionsversammlung überwiesen worden sind. Sofern zumindest zwei Arbeitskreise fachlich berührt sind und keine Einigung erzielt wird, ist der Fraktionsvorstand mit der Angelegenheit zu befassen, der sodann der Fraktionsversammlung einen Vorschlag zur abschließenden Entscheidung vorlegt.
6. Der Arbeitskreis schlägt der Fraktionsversammlung über den Vorstand die Redner vor, die im Plenum für die Fraktion sprechen sollen.

§ 11

Teilnahme an Sitzungen

1. Alle Mitglieder der Fraktion haben die Pflicht, an Landtags-, Ausschuss-, Fraktions-, Fraktionsvorstands- und Arbeitskreissitzungen, für die sie gewählt bzw. benannt sind, während der gesamten Dauer teilzunehmen.
2. Im Verhinderungsfalle ist bei Landtags-, Ausschuss-, Fraktions- oder Fraktionsvorstandssitzungen unter Angabe des Verhinderungsgrundes der Parlamentarische Geschäftsführer rechtzeitig zu unterrichten; bei Arbeitskreissitzungen der FAK-Leiter bzw. die Fraktionsgeschäftsstelle.

§ 12

Wahlen

1. Wahlen sind mit der Tagesordnung grundsätzlich mit einer Frist von 1 Woche schriftlich anzukündigen.
2. Wahlen erfolgen für die Dauer der Hälfte der Legislaturperiode.
3. Gewählt ist, wer die einfache Mehrheit der auf ja oder nein lautenden abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen zwar bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit, nicht aber für die Ermittlung der Mehrheit. Bei Stimmengleichheit findet unter den betreffenden Bewerbern eine Stichwahl statt; ergibt sich wiederum Stimmengleichheit, so entscheidet das Los.
4. Die Wahl des Fraktionsvorsitzenden, seiner Stellvertreter, des Parlamentarischen Geschäftsführers und des von der CDU-Fraktion gestellten Landtagspräsidenten bzw. 1. Vizepräsidenten bedarf der Zustimmung von mehr als der Hälfte der auf ja oder nein lautenden abgegebenen Stimmen (absolute Mehrheit). Wird diese Mehrheit nicht erreicht, so findet eine Stichwahl zwischen zwei Bewerbern statt, bei der gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält. Die Bewerber nehmen an der Stichwahl in der Reihenfolge der auf sie entfallenden Stimmenzahlen teil; bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los über die Teilnahme an der Stichwahl.
5. Wahlen werden grundsätzlich geheim durch Stimmzettel vorgenommen. Falls sich auf Befragen kein Widerspruch ergibt, können sie auch durch Handzeichen erfolgen. Satz 2 gilt nicht für die Wahl der Vorstandsmitglieder.
6. Werden in einem Wahlgang zwei oder mehr Ämter besetzt und stehen mehr Bewerber zur Verfügung, als Ämter zu besetzen sind, so erfolgt die Wahl durch Stimmzettel. Der Stimmzettel muss die Namen aller vorgeschlagenen Bewerber alphabetisch geordnet enthalten (Gesamtwahl). Die Wahl wird durch ein Kreuz hinter den Namen der Bewerber vorgenommen. Stimmzettel, auf denen nicht mindestens zwei Drittel der Zahl der zu wählenden Bewerber angekreuzt ist, sind ungültig. Stimmzettel, auf denen mehr Namen angekreuzt sind als der Zahl der zu besetzenden Wahlstellen entspricht, sind ebenfalls ungültig. Die Bewerber gelten in der Reihenfolge der für sie abgegebenen Stimmen als gewählt. Ist eine Entscheidung zwischen Bewerbern mit gleicher Stimmenzahl erforderlich, findet unter ihnen ein weiterer Wahlgang statt.

§ 13

Abberufung

1. Die Fraktionsversammlung kann von ihr gewählte Mitglieder wieder abberufen. Der Antrag auf Abberufung muss von mindestens einem Drittel der Mitglieder schriftlich gestellt werden.
2. Der Antrag auf Abberufung ist allen Fraktionsmitgliedern schriftlich bekannt zu geben. Zwischen der Bekanntgabe und Abstimmung muss eine Woche liegen. Der Beschluss bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der Fraktionsmitglieder.

§ 14

Anfragen, Anträge, Vorlagen

1. Gesetzesentwürfe, Große Anfragen, Berichtsanträge sowie sonstige Anträge der Fraktion bzw. von Fraktionsmitgliedern bedürfen grundsätzlich der Zustimmung der Fraktionsversammlung. In besonderen Fällen ist die Zustimmung des Geschäftsführenden Fraktionsvorstandes bzw. des Fraktionsvorsitzenden ausreichend.
2. Vorgenannte Vorlagen sind über den Parlamentarischen Geschäftsführer zur Überweisung an den Präsidenten des Landtages bzw. in das Beratungs- und Beschlussverfahren der Fraktion einzubringen. Kleine Anfragen sollen über den Parlamentarischen Geschäftsführer an den Präsidenten des Landtages überwiesen werden.
3. Vorlagen nach Ziffer 1 bedürfen grundsätzlich der vorherigen Beratung und Abstimmung in dem zuständigen Facharbeitskreis und ggf. der Abstimmung mit beteiligten Facharbeitskreisen. Sie sind der Fraktion rechtzeitig mit der Überweisung der Tagesordnung zuzuleiten. Die Beratung von Tischvorlagen ist nur in Ausnahmefällen zulässig.

§ 15

Haushaltsplan, Kassenprüfer

1. Der Parlamentarische Geschäftsführer erstellt im Einvernehmen mit dem Fraktionsvorsitzenden jeweils zu Beginn eines jeden Geschäftsjahres einen Haushaltsplan nach Maßgabe des Fraktionsrechtsstellungsgesetzes und legt diesen über den Fraktionsvorstand der Fraktionsversammlung bis Februar eines jeden Kalenderjahres zur Beschlussfassung vor.
2. Es ist sicherzustellen, dass für unvorhergesehene Ausgaben (Personal- und Sachausgaben) eine angemessene Liquidität zur Verfügung steht.
3. Die Fraktionsversammlung wählt für die Dauer der Legislaturperiode zwei Kassenprüfer, die nicht dem Vorstand angehören dürfen.

4. Die Kassenprüfer geben vor der Beschlussfassung über den Fraktionsetat des nächsten Jahres dem Vorstand und der Fraktionsversammlung einen Bericht über das Ergebnis der Kassenprüfung. Sie schlagen der Fraktionsversammlung die Entlastung des Vorstandes vor.
5. Einmal jährlich erfolgt eine Kassen- und Belegprüfung durch den Landesrechnungshof. Den Abschlußbericht legt der Fraktionsvorsitzende dem Fraktionsvorstand vor.
6. Der Nachweis der bestimmungsgemäßen Verwendung der zugewiesenen Fraktionskostenzuschüsse wird einmal jährlich durch einen schriftlichen Verwendungsnachweis gegenüber dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages geführt.
7. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 16

Finanzordnung

1. Bei der Bewirtschaftung der Finanzmittel der Fraktion sind die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten.
2. Der Parlamentarische Geschäftsführer führt die laufenden Geschäfte. Zur rechtsgeschäftlichen Vertretung, die über die Geschäfte der laufenden Verwaltung hinausgehen, bedarf er der Gegenzeichnung des Fraktionsvorsitzenden.
3. Der Vollzug des von der Fraktion beschlossenen Haushaltes obliegt dem Parlamentarischen Geschäftsführer im Einvernehmen mit dem Fraktionsvorsitzenden. Unvorhergesehene Ausgaben oder Folgekosten, soweit sie 20 % der Veranschlagung übersteigen, bedürfen der ausdrücklichen Genehmigung des Fraktionsvorsitzenden beziehungsweise - soweit sie zu einer wesentlichen Veränderung des beschlossenen Haushaltes führen - der Zustimmung der Fraktion.

§ 17

Fraktionsbeitrag

1. Die Fraktion erhebt einen Fraktionsbeitrag in Höhe von Euro 75,-- monatlich.
2. Durch die Fraktion können mit 2/3 Mehrheit der Anwesenden auch Sonderbeiträge beschlossen werden, wenn dies in der Tagesordnung schriftlich angekündigt wurde.

§ 18

Auslagenerstattung

1. Die Mitglieder der Fraktion erhalten für die Wahrnehmung von genehmigten Fraktionsaufträgen Übernachtungsgelder und Fahrkostenvergütungen in der Regel nach den Sätzen des jeweils geltenden Gesetzes über die Entschädigung der Abgeordneten des Landes Schleswig-Holstein, soweit die entstandenen Kosten nicht ohnehin nach diesem Gesetz abgegolten werden.

2. Bei der Wahl der Verkehrsmittel sowie des Hotels sind unter angemessener Berücksichtigung zeitlicher Vorteile die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten.

§ 19

Änderung und Auslegung der Geschäftsordnung

1. Über die Änderung der Geschäftsordnung entscheidet die Fraktionsversammlung. Die Geschäftsordnung bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder der Fraktion.
2. Über die Auslegung der Geschäftsordnung entscheidet auf Vorschlag des Fraktionsvorstandes die Fraktionsversammlung.

§ 20

Abweichung von der Geschäftsordnung

Abweichungen von der Geschäftsordnung können im Einzelfall durch Beschluss der Fraktionsversammlung zugelassen werden, wenn kein Mitglied der Fraktion widerspricht.

§ 21

Inkrafttreten

1. Diese Geschäftsordnung tritt am 08. Mai 2012 in Kraft.
2. Mit ihrer Beschlussfassung treten alle früheren Geschäftsordnungen der CDU-Landtagsfraktion außer Kraft.

Johannes Callsen
Fraktionsvorsitzender

Kiel, den 08. Mai 2012

GESCHÄFTSORDNUNG

I. FRAKTION

§ 1 Mitglieder

- (1) Stimmberechtigte Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion sind die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages, die der Sozialdemokratischen Partei angehören.
- (2) An den Sitzungen der Fraktion können der/die Landesvorsitzende und der/die Landesgeschäftsführer(in) beratend teilnehmen.
- (3) Die Mitglieder des Landesvorstandes sowie die ReferentInnen der Fraktion werden ständig als Gäste zu den Sitzungen der Fraktion eingeladen. Über die Einladung weiterer ständiger Gäste entscheidet die Fraktion.
- (4) Die Fraktion kann durch Beschluss die Teilnahmeberechtigung an einer Fraktionssitzung auf die Mitglieder i. S. Abs. 1 beschränken.

§ 2 Aufgaben

- (1) Die Fraktion bestimmt auf der Grundlage der inhaltlichen Beschlüsse des SPD-Landesverbandes die Grundlinien ihrer Landespolitik. Sie beschließt ihre Positionen für die Arbeit im Parlament und in der Öffentlichkeit auf den Beratungsgrundlagen, die durch den Fraktionsvorstand bzw. durch die Arbeitskreise der Fraktion entworfen werden und kontrolliert den Geschäftsführenden Fraktionsvorstand und Fraktionsvorstand.
- (1) Die Fraktion berät und beschließt über den Haushaltsplan.

§ 3 Konstituierung und Wahlen

- (1) Nach einer Landtagswahl tritt die neue Fraktion unter Vorsitz des/der noch amtierenden Vorsitzenden oder des dienstältesten Mitgliedes zu einer konstituierenden Sitzung zusammen. Auf dieser wird der/die Fraktionsvorsitzende gewählt.
- (2) Die Mitglieder des Geschäftsführenden Fraktionsvorstandes, weitere Mitglieder des Fraktionsvorstandes, die Vorsitzenden der Arbeitskreise, die besonderen SprecherInnen der Fraktion sowie die Revisoren bzw. Revisorinnen werden in einer weiteren Fraktionssitzung gewählt. Außerdem werden Personalvorschläge für parlamentarische und andere Funktionen außerhalb des Parlaments in der Fraktion durch Abstimmung erarbeitet. Über Personalvorschläge wird grundsätzlich geheim abgestimmt.

§ 4 Einberufung von Fraktionssitzungen bzw. a. o. Fraktionssitzungen

- (1) Der/die Fraktionsvorsitzende bzw. ein anderes Mitglied des Geschäftsführenden Fraktionsvorstandes beruft unter Angabe der Tagesordnung und Benennung der BerichterstatterInnen sowie unter Beifügung der vorbereitenden Unterlagen rechtzeitig die Fraktionssitzung ein.
- (2) Eine außerordentliche Fraktionssitzung ist einzuberufen, wenn mindestens ein Drittel der Fraktionsmitglieder sie beantragt.

§ 5 Beschlussfähigkeit und Protokollierung

- (1) Die Fraktion ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Der/die Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit bei Beginn der Sitzung fest. Die Fraktion gilt dann als beschlussfähig, solange die Beschlussunfähigkeit nicht förmlich festgestellt wird.
- (2) Von den Fraktionssitzungen werden Beschlussprotokolle erstellt, die allen Mitgliedern der Fraktion zur Verfügung gestellt werden.
- (3) Beschlüsse werden von der Fraktion grundsätzlich in offener Stimmabgabe und mehrheitlich gefasst. Auf Antrag von mindestens 3 Fraktionsmitgliedern entscheidet die Fraktion, ob zu einem bestimmten Punkt namentlich abgestimmt wird.
- (4) Der Antrag auf namentliche Abstimmung soll zu Beginn der Fraktionssitzung angekündigt werden.

§ 6 Teilnahmepflichten

- (1) Die Fraktionsmitglieder sind zur Teilnahme an allen Fraktionssitzungen und allen sie betreffenden Arbeitskreissitzungen verpflichtet.
- (2) Beurlaubungen von der Präsenzpflicht bei Plenarsitzungen können nur auf Antrag und durch die Fraktion ausgesprochen werden.
- (3) Beurlaubungen von der Teilnahme an Ausschusssitzungen sind nur in Abstimmung mit der/dem jeweiligen Arbeitskreisvorsitzenden und unter eigenständiger Benennung eines/einer persönlichen Vertreters / Vertreterin mit dessen Zustimmung möglich. Wenn die Anwesenheit eines bestimmten Ausschussmitgliedes aus besonderen Gründen nicht erforderlich ist, hat der/die Arbeitskreisvorsitzende zur Vertretungsregelung die Zustimmung zu erteilen.
- (4) Zeitweilig von Sitzungen Abwesende haben dafür Sorge zu tragen, dass sie jederzeit erreichbar und bei Abstimmungen anwesend sind. Sie haben sich bei Fraktions- und Plenarsitzungen mit dem/der Parlamentarischen Geschäftsführer(in) und bei Arbeitskreis- bzw. Ausschusssitzungen mit der/dem Arbeitskreisvorsitzenden zu verständigen.
- (5) Urlaubsgesuche für Zeiten außerhalb der sitzungsfreien Wochen, die an den Landtagspräsidenten bzw. die Landtagspräsidentin gerichtet werden, sind vorab dem/der Parlamentarischen Geschäftsführer(in) zur Kenntnis zu geben. Für längere Abwesenheit aus anderen als aus Gesundheitsgründen bedarf es der Zustimmung des Fraktionsvorstandes.
- (6) In allen sitzungsfreien Wochen und Parlamentsferien müssen die Mitglieder der Fraktion erreichbar sein. Von der Heimatanschrift abweichende Anschriften sind dem/der Parlamentarischen Geschäftsführer(in) mitzuteilen.

§ 7 Anträge, Anfragen, Aufträge

- (1) Anträge, Gesetzentwürfe und andere Initiativen im Parlament werden vor der Einbringung in den Landtag in der Fraktion vorgestellt und beraten.
- (2) Das gleiche gilt für Berichtsanträge und Große Anfragen, soweit sie von einzelnen Abgeordneten oder von Gruppen von Abgeordneten gestellt werden. Kleine Anfragen werden im zuständigen Arbeitskreis bzw. mit dem/der Arbeitskreisvorsitzenden abgestimmt und dem/der Parlamentarischen Geschäftsführer(in) vorab mitgeteilt.
- (3) Anfragen an und Aufträge für den Wissenschaftlichen Dienst des Landtages für die Fraktion bzw. Arbeitskreise bzw. einzelne Abgeordnete werden grundsätzlich über die/den Parlamentarischen Geschäftsführer(in) und nach dessen/deren Zustimmung gestellt. Im Streitfall entscheidet die Fraktion.
- (4) Alle parlamentarischen Initiativen werden über die Fraktionsgeschäftsstelle eingereicht.
- (5) RednerInnen der Fraktion zu Gegenständen der Tagesordnung des Landtages werden von der Fraktion bestimmt. Wollen sich weitere Abgeordnete an der Debatte beteiligen, verständigen sie sich vorab mit dem/der Vorsitzenden bzw. Parlamentarischen Geschäftsführer(in).
- (6) Die Rechte des/der einzelnen Abgeordneten nach der Verfassung des Landes und der Geschäftsordnung des Landtages werden durch die vorstehenden Regelungen nicht berührt.

II. FRAKTIONSVORSTAND

§ 8 Mitglieder

- (1) Dem Fraktionsvorstand gehören stimmberechtigt der/die Fraktionsvorsitzende, die drei stellvertretenden Vorsitzenden, der/die Parlamentarische Geschäftsführer(in), sowie die Vorsitzenden der Fraktionsarbeitskreise i. S. § 15 Abs. 1 an.
- (2) An den Sitzungen des Fraktionsvorstandes können beratend die/der Landtagsvizepräsidentin/ Landtagsvizepräsident sowie die/der Landesvorsitzende - in Vertretung die/ der Landesgeschäftsführerin/ Landesgeschäftsführer - teilnehmen.
- (3) Die ReferentInnen der Fraktion nehmen nach Aufforderung beratend an den Sitzungen des Fraktionsvorstandes teil.
- (4) Der Fraktionsvorstand tagt grundsätzlich fraktionsöffentlich. In begründeten Ausnahmefällen sind die Fraktionsöffentlichkeit sowie die Teilnahme des in den Abs. 2 und 3 genannten Personenkreises durch Beschluss auszuschließen.

§ 9 Wahl und Amtszeit

- (1) Die Mitglieder des Fraktionsvorstandes werden in folgenden Wahlgängen jeweils hintereinander und getrennt gewählt:
 - a) der/die Vorsitzende,
 - b) auf Vorschlag der/des Vorsitzenden der/die Parlamentarische Geschäftsführer(in),
 - c) die drei stellvertretenden Vorsitzenden jeweils in getrennten Einzelwahlgängen.
- (2) Für die Durchführung der Einzel- und Listenwahlgänge findet die Wahlordnung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in ihrer jeweils geltenden Fassung entsprechend Anwendung.
- (3) Die Amtszeit der Mitglieder des Fraktionsvorstandes wie auch der Vorsitzenden der Arbeitskreise beträgt jeweils die Hälfte der Legislaturperiode.

§ 10 Aufgaben

- (1) Der Fraktionsvorstand bereitet die Arbeit der Fraktion vor und koordiniert und steuert ergebnisorientiert die Arbeit innerhalb der Fraktion. Der/die Fraktionsvorsitzende vertritt die Fraktion nach außen und führt die Beschlüsse der Fraktion aus.
- (2) Der Fraktionsvorstand berät und unterstützt den Geschäftsführenden Fraktionsvorstand.
- (3) Der Fraktionsvorstand berät den Haushaltsplan der Fraktion und gibt eine Beschlussempfehlung.

III. GESCHÄFTSFÜHRENDER FRAKTIONS-VORSTAND

§ 11 Mitglieder

- (1) Dem Geschäftsführenden Fraktionsvorstand gehören der/die Fraktionsvorsitzende, die drei stellvertretenden Vorsitzenden und der/die Parlamentarische Geschäftsführer(in) an.
- (2) An den Sitzungen des Geschäftsführenden Fraktionsvorstandes nehmen ein(e) VertreterIn des SPD-Landesvorstandes sowie die/der Landtagsvizepräsidentin/ Landtagsvizepräsident beratend teil.
- (3) Der Geschäftsführende Fraktionsvorstand tagt grundsätzlich nicht fraktionsöffentlich. In begründeten Ausnahmefällen kann die Teilnahme von Fraktionsmitgliedern durch Beschluss zugelassen werden. Personalangelegenheiten dürfen nicht in fraktionsöffentlicher Sitzung beraten werden.

§ 12 Aufgaben

- (1) Aufgabe des Geschäftsführenden Fraktionsvorstandes ist es, die Arbeit des Fraktionsvorstandes vorzubereiten und die laufenden Geschäfte der Fraktion zu führen.
- (2) Der Geschäftsführende Fraktionsvorstand entscheidet auf der Grundlage von Vorbereitungen durch den/die Parlamentarische GeschäftsführerIn über die Einstellung von MitarbeiterInnen der Fraktion. Der Geschäftsführende Fraktionsvorstand kann diese Aufgabe an den/die Parlamentarischen GeschäftsführerIn delegieren. Über Fragen im Zusammenhang mit der Beschäftigung hat der/die Parlamentarische GeschäftsführerIn den Geschäftsführenden Fraktionsvorstand auf dem Laufenden zu halten. Die Einstellung von ReferentInnen erfolgt im Benehmen mit der/dem zuständigen Arbeitskreisvorsitzenden. Personalangelegenheiten dürfen nicht in fraktionsöffentlicher Sitzung beraten werden.

IV. GESCHÄFTSFÜHRUNG

§ 13 Parlamentarische(r) Geschäftsführer(in)

Der/die Parlamentarische Geschäftsführer(in) ist zuständig für die Planung sowie organisatorische Umsetzung der Fraktionsarbeit. Er/sie hat die notwendigen Abstimmungen mit anderen Fraktionen im Parlament, mit der Landtagsverwaltung, mit der Regierung, dem SPD-Landesverband sowie allen anderen SPD-Landtagsfraktionen, der Bundestagsfraktion und der Sozialistischen Fraktion im Europaparlament sicherzustellen. Außerdem ist sie/er Dienstvorgesetzte(r) aller MitarbeiterInnen der Fraktion. Darüber hinaus obliegt ihr/ihm die Aufstellung und Steuerung des Fraktionshaushaltes sowie der Investitionsplanung.

§ 14 Geschäftsführer(in)

- (1) Der/die Geschäftsführer(in) ist nach Absprache mit dem/der Parlamentarischen GeschäftsführerIn insbesondere zuständig für
 - den organisatorischen Ablauf der von der Geschäftsstelle zu erledigenden Aufgaben
 - laufende Personalangelegenheiten der MitarbeiterInnen (z.B. Vertretungs- und Urlaubsplanung)
 - das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen.
- (2) In Bankangelegenheiten ist der/die Geschäftsführer(in) gemeinsam mit dem/der Parlamentarischen GeschäftsführerIn bzw. im Vertretungsfall gemeinsam mit einem Mitglied des Geschäftsführenden Fraktionsvorstandes zeichnungsberechtigt. Ihm/ihr obliegt es, Forderungen gegen die Fraktion bzw. Ansprüche der Fraktion gegen Dritte zu prüfen und „sachlich richtig“ zu zeichnen. Bei Geschäften der laufenden Verwaltung können auch andere MitarbeiterInnen „sachlich richtig“ zeichnen.

V. ARBEITSKREISE

§ 15 Aufgaben und Wahlen

- (1) Die Fraktion bildet für bestimmte Sachgebiete Arbeitskreise. Die Fraktion kann mit Mehrheit beschließen, dass die Inhalte und die Benennung der Arbeitskreise geändert werden.
- (2) Hierzu werden von der Fraktion zeitgleich zu den Fraktionsvorstandswahlen Arbeitskreisvorsitzende gewählt. Die Arbeitskreise wählen aus ihrer Mitte einen/eine Stellvertreter(in).
- (3) Die Arbeitskreise beraten alle in ihrem Sachgebiet anhängigen Themen und Probleme. Sie erarbeiten Stellungnahmen, die sie über den Fraktionsvorstand der Fraktion zur Entscheidung vorlegen und bereiten für die Fraktion öffentliche und parlamentarische Initiativen aus ihren Sachgebieten vor. Soweit diese Stellungnahmen die Arbeitsgegenstände anderer Arbeitskreise berühren, ist diesen Arbeitskreisen rechtzeitig vor Beratung in Fraktionsvorstand und Fraktion Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Bei gemeinsamen Arbeitsgegenständen aus mehreren Arbeitskreisen wird ein Arbeitskreis als federführend benannt.

§ 16 Arbeits- und Projektgruppen

Für besondere Aufgaben können von der Fraktion Arbeits- oder Projektgruppen gebildet werden, die Stellungnahmen oder einen besonderen übergreifenden Arbeitsgegenstand für die Fraktion erarbeiten. In der Regel werden Arbeits- oder Projektgruppen zeitlich begrenzt tätig.

VI. REVISION

- (1) Für die Dauer der Legislaturperiode wählt die Fraktion zwei RevisorInnen. Ihnen obliegt die Prüfung der Einnahmen und Ausgaben der Fraktion sowie der Wirtschaftsführung des Fraktionsvorstandes und der Fraktionsgeschäftsstelle.
- (2) Der Fraktionsvorstand hat der Fraktion mindestens einmal im Jahr einen Kassenbericht vorzulegen. Zeitgleich dazu legen die RevisorInnen der Fraktion einen Prüfungsbericht vor.

VII. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

- (1) Änderungen dieser Geschäftsordnung und Abweichungen im Einzelfall bedürfen eines mit absoluter Mehrheit der Fraktionsmitglieder gefassten Beschlusses.
- (2) Die Geschäftsordnung tritt am 22.10.2009 in Kraft.
- (3) Sie gilt über die Beendigung der jeweiligen Legislaturperiode hinaus für die neue Fraktion, bis diese die Geschäftsordnung bestätigt oder eine neue Geschäftsordnung verabschiedet hat.



Geschäftsordnung

**der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Schleswig-Holsteinischen Landtag**

§ 1 Name und Mitgliedschaft der Fraktion

- (1) Die Fraktion trägt den Namen "Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Schleswig-Holsteinischen Landtag".
- (2) Sie besteht aus den Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtags, die auf der Liste von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gewählt worden sind oder die durch Beschluss von mindestens 2/3 der Mitglieder der Fraktion aufgenommen worden sind, sowie aus den vom Landesverband Schleswig-Holstein der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN benannten Mitgliedern der Landesregierung. Satz 1 gilt nicht für Abgeordnete, die gegenüber der Präsidentin/dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags ihren Austritt aus der Fraktion erklärt haben oder durch Beschluss der Fraktion aus ihr ausgeschlossen wurden.
- (3) Der Ausschluss eines Mitglieds der Fraktion bedarf des Beschlusses von mindestens 2/3 der Mitglieder der Fraktion. Der Antrag ist schriftlich einzureichen; zwischen Einreichung des Antrags und seiner ersten Beratung in der Fraktionssitzung sowie dieser und der Entscheidung über den Antrag müssen jeweils mindestens sieben Tage liegen. In beiden Sitzungen ist dem betroffenen Mitglied sowie dem Landesvorstand des Landesverbandes Schleswig-Holstein der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausreichend Gelegenheit zur Stellungnahme einzuräumen.
- (4) Die Fraktion kann bei Zustimmung aller ihrer Mitglieder in dringenden Fällen, in denen ein Mitglied der Fraktion dieser oder der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schweren öffentlichen Schaden zufügt, dieses mit sofortiger Wirkung vorläufig aus der Fraktion ausschließen. In diesem Fall ist unmittelbar das Verfahren nach Absatz 3 einzuleiten, um eine Bestätigung der Entscheidung durch die gesamte Fraktion herbeizuführen.

§ 2 Organe der Fraktion

Organe der Fraktion sind

- die Fraktionssitzung
- der Fraktionsvorstand
- die ständigen Arbeitskreise

§ 3 Fraktionssitzung

- (1) Die Fraktionssitzung ist das höchste Entscheidungsgremium der Fraktion. Sie besteht aus den Mitgliedern der Fraktion.

(2) Die Fraktionssitzung

- legt die Grundsätze der Politik der Fraktion fest und beschließt die politischen und parlamentarischen Initiativen der Fraktion;
- wählt den Fraktionsvorstand und wählt bzw. benennt diejenigen Abgeordneten, die Funktionen und Ämter wahrnehmen, insbesondere Vorsitzende und Mitglieder und stellvertretende Mitglieder in den Ausschüssen des Landtags.
- teilt Reden und Redezeiten für die Debatten des Landtags zu;
- beschließt über den Haushalt der Fraktion und alle wichtigen Fragen der internen Organisation;
- nimmt einmal im Jahr einen finanziellen Rechenschaftsbericht des Fraktionsvorstandes entgegen und beschließt über dessen Entlastung.

(3) Die Fraktionssitzung findet in der Regel wöchentlich statt. Der Fraktionsvorstand oder die von ihm beauftragte MitarbeiterIn lädt in der Regel zu den Fraktionssitzungen schriftlich unter Angabe einer Tagesordnung ein; ggf. legt der Fraktionsvorstand zu Beginn der Fraktionssitzung eine aktualisierte Tagesordnung vor. Über diese entscheiden die Fraktionsmitglieder zu Beginn der Sitzung. Tagesordnungspunkte und Anträge an die Fraktion sollen zwei Werktage vor der Fraktionssitzung beim Fraktionsvorstand oder der von ihm beauftragten MitarbeiterIn eingereicht werden.

(4) Der Fraktionsvorstand muss eine Fraktionssitzung einberufen, wenn ein Drittel der Mitglieder der Fraktion dies verlangt.

(5) Stimmberechtigt in der Fraktionssitzung sind alle Mitglieder der Fraktion.

In strittigen Fällen entscheiden die anwesenden Mitglieder der Fraktion, die Abgeordnete im Schleswig-Holsteinischen Landtag sind, über die Stimmberechtigung im Einzelfall.

(6) Die Fraktion entscheidet in der Regel in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit ihrer anwesenden Mitglieder.

(7) Jede/r Anwesende auf einer Fraktionssitzung hat am Ende eines Tagesordnungspunktes das Recht, eine persönliche Erklärung abzugeben. Eine Aussprache darüber findet nicht statt.

§ 4 Fraktionsvorstand

(1) Der Fraktionsvorstand besteht aus der/dem Fraktionsvorsitzenden, zwei Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und der Parlamentarischen GeschäftsführerIn; ihm können nur Fraktionsmitglieder angehören. Er wird von den Fraktionsmitgliedern in geheimer Wahl gewählt. Gewählt ist, wer im ersten Wahlgang mindestens die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen oder in einem erforderlichen zweiten Wahlgang die meisten der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei Stimmengleichheit ist ein dritter Wahlgang erforderlich, in dem ebenfalls die einfache Mehrheit ausreicht. Bei erneuter Stimmengleichheit entscheidet das Los.

- (2) Mitglieder des Fraktionsvorstands können durch Beschluss von mindestens 2/3 der Fraktionsmitglieder abgewählt werden. Der Antrag ist schriftlich einzureichen; zwischen Einreichung des Antrags und seiner ersten Beratung in der Fraktionssitzung sowie dieser und der Entscheidung über den Antrag müssen jeweils mindestens sieben Tage liegen. In beiden Sitzungen ist den betroffenen Mitgliedern ausreichend Gelegenheit zur Stellungnahme einzuräumen. Ein Antrag mit der Aufforderung zum Rücktritt des Fraktionsvorstands oder eines seiner Mitglieder ist unzulässig.
- (3) Der Fraktionsvorstand wird jeweils zu Beginn und zur Hälfte der Legislaturperiode gewählt. Die Amtszeit nachgewählter Mitglieder des Fraktionsvorstands endet mit Ablauf der regulären Wahlperiode. Sätze 1 und 2 gelten nicht im Falle, dass die Mitglieder des Fraktionsvorstands sämtlich abgewählt wurden oder zurückgetreten sind; in diesem Fall wird ein neuer Fraktionsvorstand für eine von der Fraktion vor der Wahl festzulegende Amtszeit gewählt.
- (4) Der Fraktionsvorstand führt die laufenden Geschäfte der Fraktion und vertritt die Fraktion in der Öffentlichkeit und gegenüber den Gremien der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Außer den durch diese Geschäftsordnung geregelten Aufgaben nimmt der Fraktionsvorstand alle Verpflichtungen wahr, die ihm von der Fraktion übertragen werden.
- (5) Der Fraktionsvorstand beschließt über die Einstellung / Entlassung von MitarbeiterInnen.
- (6) Die Mitglieder des Fraktionsvorstands vertreten einzeln die Fraktion gerichtlich und außergerichtlich. Sie können die Vertretungsbefugnis im Einzelfall oder dauerhaft bis auf Widerruf auf eine MitarbeiterIn der Fraktion oder eine andere VertreterIn übertragen.
- (7) Der Fraktionsvorstand ist verantwortlich für die Arbeitsorganisation der Fraktion. Er ist Ansprechpartner der MitarbeiterInnen und des Betriebsrats. Unmittelbare Dienstvorgesetzte für alle MitarbeiterInnen der Fraktion ist die Parlamentarische GeschäftsführerIn.
- (8) Die Aufgabenteilung innerhalb des Fraktionsvorstandes über die Festlegungen dieser Geschäftsordnung hinaus wird von den Mitgliedern des Fraktionsvorstandes selbst vorgenommen.
- (9) Der Fraktionsvorstand entscheidet in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit seiner anwesenden Mitglieder; schriftliche Voten oder die Einholung eines nachträglichen Votums abwesender Mitglieder sind zulässig. In dringlichen Fällen ist eine Beschlussfassung per Telefon oder per Email-Umlaufverfahren zulässig, sofern kein Mitglied des Fraktionsvorstands dem widerspricht. Jedes Mitglied des Fraktionsvorstands hat ein Vetorecht, dessen Gebrauch einen Beschluss auf der Fraktionssitzung erforderlich macht.
- (10) Jedes Mitglied der Fraktion kann beantragen, Entscheidungen des Fraktionsvorstandes in der Fraktionssitzung erneut zu behandeln. Ein entsprechender Antrag führt zur Aussetzung der Entscheidung des Fraktionsvorstandes, es sei denn, der Vorstand stellt durch Zustimmung aller seiner Mitglieder die Unaufschiebbarkeit der Ausführung seiner Entscheidung fest.

§ 5 Ständige Arbeitskreise

- (1) Die ständigen Arbeitskreise der Fraktion bestehen aus dem laut Geschäftsverteilungsplan für das Sachgebiet des Arbeitskreises zuständigen Abgeordneten sowie seiner StellvertreterIn, aus den fachlich zuständigen MitarbeiterInnen sowie ggf. den thematisch zuständigen grünen Kabinettsmitgliedern. In Abstimmung mit dem Fraktionsvorstand können die Arbeitskreise darüber hinaus weitere Personen als ständige Mitglieder des Arbeitskreises berufen. Stimmberechtigt sind nur die Fraktionsmitglieder.
- (2) Die Arbeitskreise bereiten die parlamentarischen und außerparlamentarischen Initiativen der Fraktion und die inhaltlichen Beschlüsse für die Fraktionssitzung vor. Sie halten Kontakt zu den Verbänden und Initiativen im Bereich ihres jeweiligen Sachgebietes und arbeiten eng mit den zuständigen Landesarbeitsgemeinschaften der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zusammen. Sie beraten die PressesprecherIn der Fraktion in der Öffentlichkeitsarbeit, geben jedoch keine eigenen öffentlichen Verlautbarungen ab. Sie koordinieren die Zusammenarbeit mit den anderen grünen Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion.

§ 6 Beschlussfähigkeit und Teilnahme an den Sitzungen der Organe, Protokollführung

- (1) Die Teilnahme an der Fraktionssitzung ist für die Mitglieder der Fraktion Pflicht. Sie können sich in Ausnahmefällen von der Parlamentarischen GeschäftsführerIn von der Teilnahmepflicht befreien lassen.
- (2) Die Fraktionssitzung ist beschlussfähig, solange die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist. Die Arbeitskreise der Fraktion sind beschlussfähig, solange ein Fraktionsmitglied anwesend ist.
- (3) Der Fraktionsvorstand ist beschlussfähig, solange zwei Mitglieder anwesend sind.
- (4) Die Sitzungen des Fraktionsvorstandes sind für alle Mitglieder der Fraktion öffentlich, über eine Teilnahme von weiteren Personen entscheidet der Fraktionsvorstand.
- (5) Die FraktionsmitarbeiterInnen und die WahlkreismitarbeiterInnen der Mitglieder der Fraktion können an den Fraktionssitzungen teilnehmen. Wenn Mitglieder der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an den Fraktionssitzungen teilnehmen möchten, ist eine vorherige Anmeldung beim Fraktionsvorstand nötig. Über die Teilnahme von weiteren Personen beschließt der Fraktionsvorstand im Einzelfall.
- (6) Abweichend von Absatz 4 werden Personalangelegenheiten sowie Angelegenheiten, die die persönlichen Lebensverhältnisse von Fraktionsmitgliedern betreffen, nur von den Mitgliedern der Fraktion behandelt. Diese können weitere Personen hinzuziehen, sofern die betroffene Person zustimmt. Im Übrigen gelten die Regelungen des Betriebsverfassungsgesetzes.

- (7) Abweichend von Absatz 4 können die Nichtmitglieder der Fraktion durch Beschluss zu einzelnen Tagesordnungspunkten ausgeschlossen werden.
- (8) An den Sitzungen der Arbeitskreise können die SprecherInnen der dem jeweiligen Sachgebiet zugeordneten Landesarbeitsgemeinschaften bzw. die entsprechenden FachreferentInnen des Landesvorstandes der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilnehmen. Über die Teilnahme weiterer Personen entscheidet die/der Vorsitzende des Arbeitskreises im Einzelfall. Absatz 5 gilt entsprechend.
- (9) Die Sitzungsleitung in Fraktionsvorstand und Fraktionssitzung hat die Parlamentarische GeschäftsführerIn.
- (10) Von den Sitzungen der Fraktionssitzung, des Fraktionsvorstandes und in der Regel auch der Arbeitskreise werden Ergebnisprotokolle angefertigt. Über die Behandlung persönlicher Angelegenheiten der Abgeordneten oder MitarbeiterInnen wird kein Protokoll geführt, sondern ein lediglich den Betroffenen und dem Fraktionsvorstand zugänglicher Protokollvermerk angelegt.
- (11) Protokolle der Fraktionssitzung gehen den Mitgliedern und den MitarbeiterInnen der Fraktion sowie den SprecherInnen des Landesverbandes Schleswig-Holstein der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie ggf. den grünen Kabinettsmitgliedern zu. Protokolle des Fraktionsvorstands gehen allen Abgeordneten der Fraktion zu. Alle Protokolle werden auf der nächsten Sitzung des Organs beschlossen. Protokolle der Sitzungen eines Arbeitskreises gehen dessen Mitgliedern zu und werden auf der nächsten Sitzung beschlossen. Änderungen zu den Entwürfen der Protokolle sind im Protokoll der über das Protokoll beschlussfassenden Sitzung aufzuführen.
- (12) Protokolle der nichtöffentlichen Teile der Sitzungen der Organe und Protokollvermerke über die Behandlung von Personalangelegenheiten gehen ausschließlich den beteiligten Personen und dem Fraktionsvorstand mit der Bitte um Rückmeldung zu, ob Änderungen gewünscht werden. Erfolgt eine solche Rückmeldung nicht innerhalb von 10 Werktagen, gilt das Protokoll bzw. der Protokollvermerk als beschlossen. Das Dokument ist getrennt von den übrigen Protokollen aufzubewahren und ausschließlich den beteiligten Personen und den Mitgliedern des Fraktionsvorstands zugänglich zu machen. Über den Einblick weiterer Personen entscheidet im Einzelfall der Fraktionsvorstand.
- (12) Werden Beschlüsse des Fraktionsvorstands telefonisch/per Fax/per Mail herbeigeführt, werden sie im nächsten Fraktionsvorstandsprotokoll aufgenommen.

§ 7 Parlamentarische Initiativen

- (1) Alle parlamentarischen Initiativen in Form von Fraktionsanträgen, Dringlichkeitsanträgen, Anträgen auf aktuelle Debatten, Große Anfragen und Gesetzentwürfe bedürfen der Zustimmung der Fraktion in der Fraktionssitzung. In dringlichen Fällen genügt die Zustimmung des Fraktionsvorstands; er gibt der Fraktion die Initiative in der nächsten Sitzung zur Kenntnis.

- (2) Kleine Anfragen von Mitgliedern der Fraktion sind der Parlamentarischen GeschäftsführerIn vor Einreichung zur Kenntnis zu geben.
- (3) Landtagsanträge müssen zwei Werktage vor der Fraktionssitzung beim Fraktionsvorstand eingereicht werden.

§ 8 Öffentlichkeitsarbeit

- (1) Presseerklärungen der Fraktion werden in der Regel unter dem Namen der/des fachlich zuständigen Abgeordneten veröffentlicht. Die Pressearbeit wird dabei durch die PressesprecherIn der Fraktion koordiniert. Presseverlautbarungen der Fraktionsmitglieder sollen nur nach Rücksprache mit der PressesprecherIn, der sie vertretenden MitarbeiterIn oder einem Mitglied des Fraktionsvorstands erfolgen. Dies gilt nicht für Pressemitteilungen des Wahlkreisbüros einer/eines Abgeordneten mit nur regionaler Verbreitung. Diese regionalen Pressemitteilungen sind der Pressestelle der Fraktion zur Kenntnis zu geben.
- (2) Auf Verlangen eines Drittels der Fraktionsmitglieder soll deren abweichende Position in wichtigen Fragen in angemessenem Umfang sowohl in der Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion als auch, sofern möglich, im Landtag berücksichtigt werden.

§ 9 MitarbeiterInnen

- (1) Der Fraktionsvorstand legt der Fraktion für die Fraktionssitzung auf der Grundlage des Haushalts einen Stellenplan zum Beschluss vor.
- (2) Bei der Besetzung von Stellen wählen die Fraktionsmitglieder eine Einstellungskommission. Der BetriebsrätIn wird in der Regel angeboten, Mitglied der Einstellungskommission zu sein.
- (3) Die Fraktion bildet in Absprache mit dem Betriebsrat Rücklagen für einen Sozialplan für den Fall eines Erlöschens der Fraktion nach der nächsten Landtagswahl oder eines Verlustes des Fraktionsstatus während der Legislaturperiode. Grundlage ist die Betriebsvereinbarung.
- (4) Kündigungen von MitarbeiterInnen werden nach Anhörung des Betriebsrates und ggf. unter Einbeziehung der im Sachgebiet der/des Betroffenen tätigen Abgeordneten durch den Fraktionsvorstand beschlossen und durch die Parlamentarische GeschäftsführerIn ausgesprochen.
- (5) Mindestens die Hälfte der Stellen der MitarbeiterInnen der Fraktion ist mit Frauen zu besetzen. Abweichungen von diesem Verfahren bedürfen einer Zustimmung von 2/3 der anwesenden Mitglieder der Fraktionssitzung.

- (6) Die Parlamentarische GeschäftsführerIn ist dafür zuständig, dass MitarbeiterInnen in der Regel Überstunden durch Freizeitausgleich abgelten. Im Ausnahmefall kann die Parlamentarische GeschäftsführerIn dem Fraktionsvorstand vorschlagen, dass einzelnen MitarbeiterInnen Überstunden ausgezahlt werden. Alle Abgeordneten tragen Verantwortung dafür, dass die Arbeitsaufträge für die MitarbeiterInnen in einem ihrer Arbeitszeit angemessenen Umfang erteilt werden. Bei absehbar anfallenden Überstunden über mehr als die Hälfte der Wochenarbeitszeit einer MitarbeiterIn ist die Parlamentarische GeschäftsführerIn zu informieren.

§ 10 Finanzen der Fraktion

- (1) Der Fraktionsvorstand legt auf einer Fraktionsitzung zu Beginn eines jeden Jahres einen Haushaltsplan vor, über den diese beschließt. Dem Fraktionsvorstand obliegt die Überwachung des Haushalts der Fraktion. Er ist für die ordnungsgemäße Verwendung der Fraktionsmittel und eine korrekte Buchführung verantwortlich.

- (2) Der Fraktionsvorstand trifft im Rahmen des Haushalts der Fraktion ausgabenwirksame Beschlüsse bis zu einer Summe von 3000 Euro. Im Rahmen der allgemeinen Geschäftsführung können Ausgaben bis zu einer Höhe von 1000 Euro von der Parlamentarischen GeschäftsführerIn beschlossen werden.

Ausgaben, die der Aufrechterhaltung des allgemeinen Geschäftsbetriebs der Fraktion (Verbrauchs- und Informationsmaterial) dienen, sowie Ausgaben im Rahmen einer von der Fraktionssitzung oder dem Fraktionsvorstand beschlossenen Maßnahme können bis zur Höhe von 500 Euro pro Ausgabe von der FraktionsgeschäftsführerIn oder der von der Fraktionssitzung bzw. dem Fraktionsvorstand als Verantwortliche benannten MitarbeiterIn getätigt werden. Darüber hinaus gehende Ausgaben bedürfen der Genehmigung durch die Fraktion. Anstehende Zahlungen dürfen erst getätigt werden, nachdem die FraktionsgeschäftsführerIn oder eine vom Fraktionsvorstand benannte VertreterIn ihre sachliche Richtigkeit bestätigt hat; dies gilt nicht für regelmäßig wiederkehrende Zahlungen.

- (3) Finanzanträge an die Fraktionssitzung oder den Fraktionsvorstand für Aktivitäten der Fraktion außerhalb des allgemeinen Geschäftsbetriebs sind - von dringlichen Fällen abgesehen - spätestens zwei Wochen vor Beginn der Maßnahme beim Fraktionsvorstand einzureichen. Der Fraktionsvorstand kann ein Veto gegen ausgabenrelevante Beschlüsse der Fraktion einlegen, die nicht durch den Haushaltsplan gedeckt sind oder offensichtlich zu einer Überschreitung des Haushaltsplanes führen werden.
- (4) Über Leistungen, die die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Fraktion oder die Fraktion für diese erbringt, sind Verträge zu schließen; solche Leistungen sind in ihrem angemessenen finanziellen Gegenwert zu erstatten.
- (5) Tätigkeiten von Abgeordneten oder MitarbeiterInnen im Auftrag der Fraktion werden entsprechend der fraktionsinternen Kostenerstattungsordnung erstattet, soweit sie nicht durch den Landtag, den Landesverband der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN oder von weiterer Seite bereits erstattet wurden. Die Kosten sind innerhalb von acht Wochen nach Abschluss der jeweiligen Tätigkeit abzurechnen und - soweit erforderlich - zu belegen.

Anlage 4

Geschäftsordnung

der FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Beschlossen am 09.04.1996, zuletzt geändert durch Fraktionsbeschluss
am 8. März 2005

§ 1

Mitgliedschaft

1. Die Fraktion der Freien Demokratischen Partei im Schleswig-Holsteinischen Landtag besteht aus den Abgeordneten, die auf Wahlvorschlägen der Freien Demokratischen Partei (FDP) gewählt worden sind. Die Mitglieder haben die gleichen Rechte und Pflichten.
2. Ohne Mitglied zu sein, können die in Schleswig-Holstein gewählten FDP-Mitglieder des Deutschen Bundestages an den Sitzungen der Fraktion mit beratender Stimme teilnehmen.
3. Die Aufnahme von ständigen Gästen im Sinne von § 22 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder der Fraktion. Die Beschlußfassung ist nur zulässig, wenn ein solcher Antrag auf der Tagesordnung der Fraktion steht. Über die Rechte und Pflichten entscheidet die Fraktion mit zwei Dritteln der Stimmen der Mitglieder der Fraktion.

4. Die Mitglieder der Fraktion sind verpflichtet, an den Sitzungen der Fraktion und ihrer Gremien sowie an den Sitzungen und Arbeiten des Schleswig-Holsteinischen Landtages und seiner Ausschüsse teilzunehmen.
5. Die Mitglieder werden dem Parlamentarischen Geschäftsführer rechtzeitig mitteilen, wenn sie an einer Sitzung nicht teilnehmen können, und werden sich bei Sitzungen der Fraktion und ihrer Gremien in die Anwesenheitslisten eintragen
6. Die Mitglieder der Fraktion sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen. Sie sollen jedoch den Vorsitzenden oder ein anderes Vorstandsmitglied unterrichten, wenn sie in wichtigen Fragen im Schleswig-Holsteinischen Landtag abweichend von der Fraktionsmehrheit abstimmen wollen.
7. Vor der Einbringung von Vorlagen einzelner Mitglieder in den Schleswig-Holsteinischen Landtag soll der Vorstand unterrichtet werden. Kleine Anfragen sollen im Büro des Parlamentarischen Geschäftsführer zur Kenntnis eingereicht werden.

§ 2

Organe und Gremien

- (1) Organe der Fraktion sind

1. die Fraktion als Versammlung,
2. der Vorstand

(2) Gremien der Fraktion sind

1. Fraktionsarbeitskreise
2. Arbeitsgruppen oder Ad hoc-Kommissionen, die der Vorstand oder die Fraktion für bestimmte zeitlich begrenzte Aufgaben zusätzlich einsetzen kann und deren Arbeitsergebnisse der Fraktion bekanntzugeben sind.

§ 3

Fraktion

1. Die Fraktion tritt – nach Einberufung durch den Vorstand – in jeder Sitzungswoche mindestens einmal, im übrigen zur Beratung aller wesentlichen politischen Vorgänge vor Beschlußfassung im Schleswig-Holsteinischen Landtag zusammen. Eine Fraktionssitzung ist einzuberufen, wenn mindestens ein Viertel der Mitglieder der Fraktion es verlangt.
2. Die Tagesordnung der Fraktionssitzung und die Beschlußvorlagen des Vorstands oder der Arbeitskreise sollen vor Beginn der Sitzung vorliegen.

3. Über Fraktionssitzungen werden Ergebnisprotokolle geführt, die den Fraktionsmitgliedern spätestens zu Beginn der übernächsten Sitzungswoche zur Verfügung gestellt werden sollen. Wortprotokolle bedürfen einer besonderen Beschlußfassung.

4. An den Sitzungen der Fraktion können teilnehmen

- a) die ehemaligen Mitglieder der Landtagsfraktion, die Mitglied der Freien Demokratischen Partei sind,
- b) die Landesminister, die Mitglied der Freien Demokratischen Partei sind,
- c) der Landesvorsitzende der Freien Demokratischen Partei,
- d) die Ehrenvorsitzenden der Freien Demokratischen Partei, Landesverband Schleswig-Holstein,
- e) der Landesgeschäftsführer der Freien Demokratischen Partei.

Die Teilnahmeberechtigung gilt nur für die Person; eine Stellvertretung ist ausgeschlossen.

5. Anderen Personen kann der Fraktionsvorstand die Teilnahme gestatten. Für Fraktionssitzungen, die für vertraulich erklärt werden, kann die Teilnahme ganz oder teilweise beschränkt werden.

6. Teilnahmeberechtigte, die beruflich oder auf Honorarbasis mit Gegenständen befaßt sind, die in den Sitzungen der Fraktion

behandelt werden, sollen dem Fraktionsvorsitzenden eine etwaige Interessenverknüpfung mitteilen und gegebenenfalls auf Teilnahme verzichten.

§ 4

Aufgaben der Fraktion

1. Die Fraktion entscheidet über ihre Politik im Schleswig-Holsteinischen Landtag.
2. Vorlagen, die von der Fraktion in den Schleswig-Holsteinischen Landtag eingebracht werden sollen, müssen in einer Fraktionssitzung beraten und beschlossen werden. In unaufschiebbaren Fällen kann der Fraktionsvorstand entscheiden.
3. Die Fraktion wählt
 - a) den Vorstand,
 - b) die Vorsitzenden der Fraktionsarbeitskreise,
 - c) die von der Fraktion zu benennenden Kandidaten für das Präsidium des Schleswig-Holsteinischen Landtages und für den Vorsitz oder stellvertretenden Vorsitz eines Ausschusses oder Gremiums des Schleswig-Holsteinischen Landtages,
 - d) die von der Fraktion zu benennenden Mitglieder in den Ausschüssen und Gremien des Schleswig-Holsteinischen Landtages,
 - e) die Kandidaten der Fraktion für Aufgaben außerhalb des Schleswig-Holsteinischen Landtages, die vom Plenum des

Schleswig-Holsteinischen Landtages bestimmt oder zur Kenntnis genommen werden.

4. Die Fraktion beschließt aufgrund des Rechenschaftsberichts gem. § 8 Abs. 4 des Schleswig-Holsteinischen Fraktionsgesetzes jährlich über die Entlastung des Vorstands. Mit der Erstellung des Rechenschaftsberichts wird der mit der Buchhaltung beauftragte Steuerberater beauftragt.

§ 5

Vorstand

1. Der Vorstand besteht

- a) aus dem Vorsitzenden,
- b) mindestens einem/einer stellvertretenden Vorsitzenden sowie ggf. weiteren stellvertretenden Vorsitzenden gem. § 6 Abs. 4 des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes,
- c) aus dem Parlamentarischen Geschäftsführer
- d) kraft Amtes aus den Mitgliedern des Präsidiums des Schleswig-Holsteinischen Landtages, die Mitglied der Freien Demokratischen Partei sind.

2. Der Vorsitzende, seine Stellvertreter und der Parlamentarische Geschäftsführer werden in der Regel auf zweieinhalb Jahre gewählt. Durch Fraktionsbeschluß kann die Wahlzeit auf ein Jahr verkürzt werden. Die Wiederwahl ist zulässig. Der Parlamentarische Geschäftsführer wird auf Vorschlag des

Vorsitzenden gewählt. Erfolgt die Wahl weniger als zwei Jahre vor Ablauf der Wahlperiode, gilt sie bis zum Ende der Wahlperiode.

3. Der Landesvorsitzende der Partei und die Landesminister, die Mitglied der Freien Demokratischen Partei sind, können an den Sitzungen des Vorstands teilnehmen.
4. Der Vorstand vertritt die Fraktion und führt die Geschäfte. Die rechtsgeschäftliche Vertretung, insbesondere den Abschluß von Verträgen mit Angestellten der Fraktion kann der Vorstand dem Parlamentarischen Geschäftsführer übertragen, der dem Fraktionsvorsitzenden gegenüber verantwortlich ist.

§ 6

Welterführung der Geschäfte

Mit Beginn der neuen Wahlperiode führen die Mitglieder des Vorstands, die wieder in den Schleswig-Holsteinischen Landtag gewählt worden sind, die Geschäfte der Fraktion, wenn die Fraktion nicht etwas anderes beschließt. Die Wahl des Vorstands muß spätestens sechs Sitzungswochen nach der Konstituierung des Schleswig-Holsteinischen Landtages erfolgen.

§ 7

Gremien

1. Die Fraktion bildet zur Förderung der Fraktionsarbeit und zur Vorbereitung der Beschlüsse der Fraktion Arbeitskreise.
2. Über die Teilnahmeberechtigung an den Sitzungen entscheiden die Arbeitskreise und Arbeitsgruppen.

§ 8

Beschlußfähigkeit, Abstimmungsregeln

1. Die Organe und Gremien der Fraktion sind in jedem Fall beschlußfähig, wenn sie an Tagen mit Präsenzpflcht für die Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landtages einberufen werden. Im übrigen sind sie beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist; die Beschlußfähigkeit ist festzustellen, wenn sie vor einer Abstimmung angezweifelt wird.
2. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefaßt, wenn diese Geschäftsordnung nicht etwas anderes bestimmt.
Bei Stimmengleichzeit gelten Anträge als abgelehnt.

Stimmen Enthaltungen werden bei der Ermittlung der Mehrheit nicht mitgerechnet.

§ 9

Wahlen

1. Wahlen zum Vorstand sind geheim, Andere Wahlen können offen durchgeführt werden, wenn niemand widerspricht.
2. Als gewählt gilt, wer die Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der Fraktion erreicht hat. Wird diese Mehrheit nicht erreicht oder entsteht Stimmengleichheit, folgt ein zweiter Wahlgang bzw. eine Stichwahl, wobei die relative Mehrheit bzw. die höchste Stimmenzahl entscheidet.
3. Die Wahlen nach § 5 Abs. 2 und § 12 Abs. 1 sollen zu Beginn der Wahlperiode in der konstituierenden Sitzung der Fraktion stattfinden. Nach Ablauf der Wahlzeit ist mit einer Frist von mindestens einer Woche zur Neuwahl der Fraktionsämter einzuladen.

§ 10

Rechnungslegung

Der Vorstand hat den zur Erstellung des Rechenschaftsberichtes gemäß §. 8 des Fraktionsgesetzes jährlich zu bestellenden Abschlußprüfern über alle Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen und die Schulden innerhalb von sechs Monaten nach Abschluß des Haushaltsjahrs Rechnung zu legen.

§ 11

Abberufung

Die Fraktion kann ein gewähltes Mitglied des Vorstands abberufen. Die Abberufung bedarf der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der Fraktion. Der Antrag muß mindestens von einem Viertel der Mitglieder der Fraktion unterstützt werden. Er muß den Mitgliedern der Fraktion bekanntgegeben werden. Zwischen der Bekanntgabe und der Abstimmung müssen achtundvierzig Stunden liegen.

§ 12

Außendarstellung der Fraktion

1. Öffentliche Erklärungen für die Fraktion erfolgen durch den Vorsitzenden, ein anderes Mitglied des Vorstands oder die mit einzelnen Sprecherfunktionen beauftragten Mitglieder der Fraktion.

2. Die Nutzung der Pressedienste steht zur Verfügung:

- a) den Mitgliedern des Vorstandes,
- b) den Vorsitzenden, stellvertretenden Vorsitzenden und Obleuten in den Ausschüssen des Schleswig-Holsteinischen Landtages,
- c) den Vorsitzenden der Arbeitskreise,
- d) den Sprechern für ein bestimmtes Arbeitsgebiet gemäß einer zwischen den Arbeitskreisen und dem Vorstand abgesprochenen Sprecherliste,
- e) jedem Mitglied der Fraktion im Benehmen mit dem zuständigen Arbeitskreisvorsitzenden, Obmann oder Sprecher.

§ 13

Änderung der Geschäftsordnung

Änderungen der Geschäftsordnung bedürfen der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der Fraktion. Ein Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung muß mindestens zwei Sitzungswochen vor Beratung den Mitgliedern der Fraktion bekanntgegeben werden. Die Beschlußfassung ist nur zulässig, wenn ein solcher Antrag auf der Tagesordnung der Fraktion steht.

§ 14

Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet
 - a) durch Austrittserklärung,
 - b) durch Ausschluß,
 - c) durch Austritt aus der Freien Demokratischen Partei,
 - d) durch Ausschluß aus der Freien Demokratischen Partei.
2. Der Ausschluß eines Mitglieds oder eines Gastes ist nur aus wichtigem Grund zulässig. Der Ausschluß bedarf der Mehrheit der Stimmen von zwei Dritteln der Mitglieder der Fraktion. Der Antrag muß mindestens von einem Viertel der Mitglieder der Fraktion unterstützt werden. Dem Betroffenen muß vorher in der Fraktion Gehör gewährt werden.
Der Antrag auf Abberufung muß den Mitgliedern der Fraktion bekanntgegeben werden. Zwischen der Bekanntgabe und der Abstimmung müssen achtundvierzig Stunden liegen.

§ 15

Schlußvorschrift

Soweit diese Geschäftsordnung nicht etwas Abweichendes bestimmt, gilt die Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages entsprechend.



Geschäftsordnung der SSW-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Beschluss der Fraktion vom 01. Oktober 2009

§ 1

Name und Sitz

- (1) Die SSW-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag ist die Vereinigung der Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landtages, die auf der Liste der Partei SSW in den Landtag gewählt wurden.
- (2) Die Fraktion hat ihren Sitz in Flensburg/Flensborg und in Kiel.

§ 2

Konstituierende Sitzung

- (1) Die Mitglieder der Fraktion treten innerhalb von zwei Wochen nach der Wahl zur Annahme der Fraktionsgeschäftsordnung und zur Wahl des Vorstandes zusammen.
- (2) Die konstituierende Sitzung wird von der oder dem Fraktionsvorsitzenden der vergangenen Wahlperiode einberufen und geleitet, hilfsweise von dem ältesten Mitglied der Fraktion.

§ 3

Mitglieder

- (1) Mitglieder der Fraktion sind die Abgeordneten, die vom Südschleswigschen Wählerverband für den Landtag nominiert und in den Landtag von Schleswig-Holstein gewählt wurden, im Laufe der Wahlperiode über die Landesliste nachgerückt sind oder der Fraktion im Laufe der Legislaturperiode beitreten.
- (2) Mitglieder des Landtags, die im Laufe der Wahlperiode die Mitgliedschaft im SSW erwerben, können durch Beschluss der Fraktionsversammlung in die Fraktion aufgenommen werden.

§ 4

Allgemeine Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Alle Mitglieder der Fraktion haben gleiche Rechte und Pflichten.
- (2) Jedes Mitglied der Fraktion hat die parlamentarische Arbeit allen anderen Verpflichtungen voran zu stellen. Fraktionsmitglieder sind gehalten, an den Aufgaben der Fraktion mitzuwirken, insbesondere sind sie zur Teilnahme an den Sitzungen des Plenums und der jeweiligen Ausschüsse sowie der Fraktion und ihrer Arbeitskreise verpflichtet.
- (3) Fraktionsmitglieder, die infolge Krankheit oder anderen wichtigen Gründen an den Aufgaben der Fraktion nicht mitwirken können, haben dies dem/der

Fraktionsvorsitzenden mitzuteilen. Fraktionsinterne Vorgänge und Tatsachen sind vertraulich zu behandeln.

§ 5

Abstimmungsverhalten von Fraktionsmitgliedern

- (1) Die Fraktionsmeinung wird durch Mehrheitsentscheid gebildet. Es wird von jedem Fraktionsmitglied erwartet, dass es sich – außer bei Gewissensfragen – der Fraktionsmeinung anschließt.
- (2) Fraktionsmitglieder, die sich den Beschlüssen der Fraktion nicht anschließen wollen, haben den/die Fraktionsvorsitzende/n rechtzeitig davon in Kenntnis zu setzen.

§ 6

Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft in der Fraktion endet durch Tod, Erlöschen des Mandats, Beendigung der Mitgliedschaft im SSW, durch Ausschluss oder Austritt aus der Fraktion.
- (2) Der Austritt aus der Fraktion bedarf der schriftlichen Erklärung an den Fraktionsvorstand.

§ 7

Die Fraktionsversammlung

- (1) Die Versammlung der Fraktionsmitglieder ist das oberste beschlussfassende Organ der Fraktion.
- (2) Die Fraktionsversammlung beschließt in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des SSW die Politik der Fraktion, berät zur Tagesordnung für den Landtag und bestimmt die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktion in den Plenarsitzungen.
- (3) Die Fraktionsversammlung entscheidet über die Besetzung von Ausschüssen, ernennt Fachsprecher/innen und wählt für sonstige Gremien zu benennende Kandidatinnen und Kandidaten.
- (4) Zur Fraktionsversammlung wird durch die/den Vorsitzende/n einberufen. Die Tagesordnung wird von der Fraktionsversammlung beschlossen.
- (5) Über die Fraktionsversammlung werden ein Ergebnisprotokoll und eine Anwesenheitsliste gefertigt, die zeitnah an alle Fraktionsmitglieder verteilt wird.

§ 8

Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung

Die Fraktionsversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Fraktionsmitglieder anwesend ist. Sie gilt als beschlussfähig, so lange die Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt ist. Soweit diese Geschäftsordnung nichts anderes vorschreibt, werden die Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst. Bei Stimmengleichheit gelten Anträge als abgelehnt.

§ 9**Teilnahme- und Beratungsrechte**

- (1) Die Fraktionsversammlungen sind nicht öffentlich.
- (2) Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktion sowie die/der SSW-Landesvorsitzende und die/der Geschäftsführer/in des SSW-Landesverbandes können an den Sitzungen der Fraktion mit beratender Stimme teilnehmen.
- (3) Die Fraktionsversammlung kann darüber hinaus im Einzelfall beschließen, dass Sachverständige oder Gäste, auch wenn sie nicht Mitglieder des SSW sind, an den Sitzungen der Fraktion beratend teilnehmen können.

§ 10**Arbeitskreise**

- (1) Die Fraktion kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben Arbeitskreise bilden. Die Zuordnung der Politikbereiche zu den Arbeitskreisen und die personelle Besetzung erfolgt auf Vorschlag des/der Fraktionsvorsitzenden.
- (2) Die Arbeitskreise beraten die in den Plenarsitzungen, Ausschüssen und in den Fraktionsversammlungen anhängigen Vorlagen ihrer Politikbereiche und legen ihre Stellungnahmen und ihre sonstigen Initiativen der Fraktionsversammlung vor.

§ 11**Einbringung von Gesetzentwürfen, Anträgen und Anfragen, Aktuelle Debatte**

- (1) Über die Einbringung von Gesetzentwürfen, Anträgen und Großen Anfragen im Namen der Fraktion und die Beantragung einer Aktuellen Stunde beschließt die Fraktionsversammlung.
- (2) In Fällen von besonderer Dringlichkeit kann die/der Fraktionsvorsitzende entscheiden.
- (3) Die Mitunterzeichnung von Gesetzentwürfen, Anträgen und Großen Anfragen von Mitgliedern anderer Fraktionen erfolgt in Eilfällen auf Rücksprache mit dem/der Fraktionsvorsitzenden durch das für den jeweiligen Bereich zuständige Fraktionsmitglied.

§ 12**Zusammensetzung des Fraktionsvorstandes**

Der Fraktionsvorstand besteht aus dem/der Fraktionsvorsitzenden, dem/der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und dem/der Parlamentarischen Geschäftsführer/in.

§ 13**Wahl des Fraktionsvorstandes**

- (1) Die Fraktionsversammlung wählt in geheimer Wahl in jeweils getrennten Wahlgängen die Mitglieder des Fraktionsvorstandes.
- (2) Die erste Wahl in der konstituierenden Sitzung der Fraktionsversammlung erfolgt für die Dauer von 2 Jahren, die darauf folgende Wahl für den Rest der Legislaturperiode.

- (3) Vorstandsmitglieder können von der Fraktionsversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln aller Mitglieder der Fraktion abberufen werden. Der Antrag auf Abberufung eines Vorstandsmitgliedes muss den Fraktionsmitgliedern mindestens eine Woche vorher schriftlich bekannt gegeben werden. Der oder dem Betroffenen ist vor der Beschlussfassung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

§ 14

Weiterführung der Geschäfte

Bei Neuwahlen zum Landtag führt der bisherige Fraktionsvorstand die Geschäfte bis zur Neuwahl des Fraktionsvorstandes weiter.

§ 15

Geschäftsführung

- (1) Der Fraktionsvorstand führt die Geschäfte der Fraktion und plant die politische Arbeit.
- (2) Der Fraktionsvorstand bereitet Einstellungen und Entlassungen von Mitarbeiter/innen entscheidungsreif für die Fraktion vor.
- (3) Die Fraktion wird im Rechtsverkehr durch die/den Fraktionsvorsitzende/n und die/den Parlamentarische/n Geschäftsführer/in vertreten.

§ 16

Fraktionsvorsitz

- (1) Die/der Fraktionsvorsitzende vertritt die Fraktion nach außen. Sie/er gibt im parlamentarischen und im öffentlichen Bereich Erklärungen für die Fraktion ab und in seiner/ihrer Vertretung die/der stellvertretende Vorsitzende oder die/der Parlamentarische Geschäftsführer/in.
- (2) Sie/er ist Dienstvorgesetzte/r der Mitarbeiter/innen der Fraktion.

§ 17

Parlamentarische/r Geschäftsführer/in

- (1) Die/der Parlamentarische Geschäftsführer/in erledigt im Benehmen mit dem Fraktionsvorsitzenden die parlamentarischen Aufgaben der Fraktion. Sie/er koordiniert die Parlamentsarbeit und die parlamentarische Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen im Landtag. Entsprechend der ihr/ihm zugewiesenen Aufgaben hat sie/er Weisungsbefugnisse gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktion.
- (2) Sie/er ist zuständig für die juristischen und organisatorischen Aufgaben der Fraktion und für die Geschäfte der laufenden Verwaltung. Die/der Parlamentarische Geschäftsführer/in ist für die Aufstellung der Jahresrechnung und für die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel der Fraktion verantwortlich.

§ 18

Rechtsübergang

Die Fraktion übernimmt Rechte und Verpflichtungen aus Rechtsgeschäften der Fraktion der vorhergehenden Wahlperiode.

§ 19**Änderung, Inkrafttreten und Geltung der Fraktionsgeschäftsordnung**

- (1) Über die Änderung der Fraktionsgeschäftsordnung entscheidet die Fraktionsversammlung.
- (2) Diese Geschäftsordnung tritt am Tag ihrer Beschlussfassung in Kraft.
- (3) Sie gilt bis zur Neukonstituierung der Fraktion.